

Sehr geehrte Mitglieder des Bauausschusses,

wir danken Ihnen für die Gewährung des Rederechts. Mit unserem Beitrag wollen wir nochmals unterstreichen, dass die Diskussion um den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das ehemalige RAW-Gelände richtig und wichtig ist.

Ein Bauvorhaben, das gerne als Meilenstein für die Stadtentwicklung gewertet wird und so bedarf es einer vielschichtigen Auseinandersetzung. Mit der ernsthaften Berücksichtigung verschiedener Interessen und Bedürfnisse und in einer Form, in der mögliche Auswirkungen auf Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit umfassend zum Tragen kommen.

5 Minuten sind nicht viel Zeit, um Ihnen unsere Sicht der Dinge darzulegen. Sie wissen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner rund um das RAW-Geländes in besonderer Weise von dem Bauprojekt betroffen sind. Die Gewinnung einer sozialen Perspektive bei der wirtschaftlichen Entwicklung musste von uns jedoch mühsam erkämpft werden. Obwohl die Dimensionen von Beginn der Planungen an absehbar waren. Und das Baurecht beispielsweise mit dem §180 und einem darin definierten Sozialplan durchaus Instrumente vorsieht, um in der Planung soziale Belange hinreichend zu würdigen.

Es galt jedoch die Begründung, dass Gewerbebauten aufgrund nicht vorhandener Wohnungen per se keine sozialen Auswirkungen nach sich ziehen. Nicht erwehren können wir uns daher dem Eindruck, dass eine Betrachtung im Sinne der Stadtgesellschaft nicht gewünscht war. Dies war für uns der maßgebliche Grund, uns zusammenzuschließen und die Anliegen in einer Initiative zu bündeln. Stadtentwicklung darf nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei geschehen! Schließlich heißt es im Leitbild der Stadt Potsdam: Politik und Verwaltung fördern die aktive Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer an der Gestaltung ihrer Stadt.

Die nun in der Diskussion befindliche Entwicklung einer sozialen Erhaltungssatzung, die auch heute hier im Ausschuss thematisiert wird, hätte viel früher und parallel zum Planungsprozess begonnen werden müssen. Die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass es gute Gründe für das Verfahren gibt, Doch um den Sinn einer solchen Erhaltungssatzung nicht im Zuge eines Baubeginns ad absurdum zu führen, rufen wir Sie als Ausschussmitglieder und Stadtverordnete auf, einen Aufstellungsbeschluss zu fassen und damit Rechtssicherheit auch für die sozialen Belange zu schaffen.

Die vorliegenden Planungsunterlagen zeigen schließlich, dass die Baureife in sehr naher Zukunft geschaffen werden soll. Hier lohnt sich ein genauer Blick, denn zu zahlreichen Fragen, die im Rahmen der bisherigen Beteiligung gestellt wurden, fehlen konkrete Antworten. Antworten, die Sicherheit für die Stadtentwicklung bedeuten würden, gerade auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es an dieser Stelle schon einmal nicht gelungen ist, einen Investor zu einer nachhaltigen und städtebaulich sinnvollen Entwicklung zu verpflichten.

Geht es um eben diese Entwicklungsfragen bleiben bemerkenswerterweise der nun vorliegende Bebauungsplan sowie der Durchführungsvertrag im Ungefähren. Einige betreffende Themenfelder haben wir im Offenen Brief bereits benannt, doch um es ganz konkret zu machen, ein kurzer Verweis auf die bemerkenswerten Lücken:

- Definiert ist beispielsweise eine Gesamtgeschossfläche von über 40.000 Quadratmetern. Ob sich auf diesen enormen Flächen nun die für Potsdam erhofften Nutzungen wiederfinden, bleibt offen. Und offen bleibt damit auch wie so eine fundierte Betrachtung der zu erwartenden wirtschaftlichen Impulse erfolgen soll.
- Ökologische Fragen wie eine ambitionierte Gestaltung von Energieeffizienz und CO2-Bilanz, die auch vom Investor selbst immer wieder öffentlichkeitswirksam formuliert wurde, bleiben nun ganz dem Ermessen des Bauherren überlassen. Als gemeinsamer Nenner werden lediglich die allgemein geltenden Minimalanforderungen festgehalten.

- Die Gestaltung des Baukörpers wird ausdrücklich nicht definiert - obgleich immer wieder öffentlich betont wird, welche wichtige architektonische Rolle das Bauvorhaben für das Stadtbild spielt.
- Die Erschließung der Anbindung an öffentliche Netze, sonst durchaus ein tragendes Merkmal von Durchführungsverträgen, soll gleich komplett in einem weiteren Vertragswerk - allerdings erst nach Baustart - geregelt werden. Wie Kreuzungssituationen aussehen und wer zum Beispiel die Kosten trägt für die Verlegung der Bushaltestelle, der Straßenbeleuchtung und die Neugestaltung des Radwegs bleibt ungeklärt.

Unter anderem diese Punkte sind es, die nicht unbedingt dazu beitragen, Vertrauen in das Bauprojekt zu entwickeln. Für uns als direkt Betroffene heißt das auch Vertrauen in den Investor und die neue Nachbarschaft.

Wir haben den Eindruck, dass viel geredet, aber wenig geregelt wird. Damit also die vielen Versprechen nicht zu leeren Versprechen werden, lassen Sie sich Ihre Handlungskompetenz nicht aus der Hand nehmen und schreiben Sie mehr Verbindlichkeiten fest. Lassen Sie sich dabei nicht drängen, denn die Entscheidungen wirken schwer. Und sie werden zeigen, ob wirtschaftliche Entwicklung und soziale Verantwortung in Potsdam gemeinsam Schritt halten.